

Ausstieg aus dem Ausstieg?

Der Ausstieg aus der Kernenergie wurde bereits beschlossen.
Doch die Diskussion darum geht weiter...

Von Zeit zu Zeit meldeten sich schon immer einzelne Politiker aus (fast) allen Parteien zu Wort, die am Ausstieg aus der Kernenergie herumrörgelten und ein Ende der „Energiewende“ forderten: Sie sei zu teuer, vernichte Arbeitsplätze und begünstige den Klimawandel.

Jetzt aber gibt es eine Partei die ganz offiziell die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz abschaffen und eine Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke durchsetzen will, bis Alternativen erforscht sind – de facto also bis zum Sankt Nimmerleinstag. So jedenfalls steht es im Ende April verabschiedeten Programm dieser Partei für die kommende Bundestagswahl (www.alternativefuer.de). Dort findet sich übrigens auch die Forderung: „Schluss mit der 'Klimaschutzpolitik'!“, die (wie auch von US-Präsident Trump) als „Irrweg“ bezeichnet wird. Es wird argumentiert, die Stromerzeugung müsse „sicher, kostengünstig und umweltverträglich sein“. Das klingt gut und vernünftig, aber diese Ziele ausgerechnet mit Kernkraftwerken erreichen zu wollen, ist absurd.

Rolle rückwärts in der Atompolitik?

Haben die Erfahrungen mit der Atomenergie nicht bereits hinlänglich deutlich gemacht, dass sie weder „sicher“ (Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima, Fessenheim usw. usw.), noch „kostengünstig“ ist? Man denke nur an die enormen finanziellen Lasten der Endlagerung des atomaren Mülls (zuletzt wurden 24,3 Milliarden Euro genannt), die weitgehend unsere Kinder und Kindeskindern als Steuerzahler werden

tragen müssen! Und die „Umweltverträglichkeit“ der Kernenergie kann auf tausenden Quadratkilometern in der Ukraine, in Japan, an der Westküste Englands bei Sellafield oder auch in Deutschland beim Atomlager der Grube Asse besichtigt werden! Anstatt alle Anstrengungen darauf zu richten, der „Energiewende“ technisch, wirtschaftlich und politisch zum Erfolg zu verhelfen (wobei schon ein gutes Stück geschafft ist!), gibt es nun also eine Partei, die die energiepolitische Rolle rückwärts propagiert und damit auf Wählerfang geht! Sollte sie mit diesem Ansinnen Erfolg haben, wird der jahrzehntelange Kampf gegen den Irrweg Kernenergie, den wir nicht zuletzt im Interesse künftiger Generationen geführt haben, umsonst gewesen sein.

Atomkraft direkt vor unserer Haustür

Bedenkt man die geografische Nähe zu den Standorten der Kernkraftwerke in Bayern, würden die Menschen im Pfaffenwinkel erneut – und dies auf viele Jahrzehnte hinaus – mit der Angst vor einer atomaren Katastrophe leben müssen. Die Umweltinitiative Pfaffenwinkel aber hat sich in ihrer Satzung dazu verpflichtet, „schädlichen Umwelteinflüssen im Pfaffenwinkel vorzubeugen und entgegenzutreten (u. a.) durch: Erkennen der Gefahren, Information der Bevölkerung und Drängen auf Abstellen der Missstände unter Ausschöpfung aller legalen Mittel“. In diesem Sinne verstehe ich diesen Artikel als Aufruf, bei kommenden Wahlen keiner Partei die Stimme zu geben, die für den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kernenergie eintritt.

Wolfgang Fischer

Das sollte man wissen

Im Jahr 2016 exportierte Deutschland mehr als 50 Milliarden Kilowattstunden Strom in seine Nachbarstaaten – vor allem in die Niederlande, durch die Schweiz nach Italien und nach Österreich. Das war nicht nur ein neuer Exportrekord, sondern auch gut zweieinhalb Mal so viel, wie die 19,1 Milliarden Kilowattstunden, die Gundremmingen in Bayern als größtes deutsches im selben Jahr produziert hat!

Quelle: SZ Nr. 127 vom 3./4./5. Juni 2017

„Ein Wohlfühlerlebnis für die ganze Familie“

Die Steingadener Blütentage 2017

Am 10. und 11. Juni fanden in Steingaden bereits zum 6. Mal die Blütentage statt. Im Fohlenhof und dem Klostersgarten, konnten sich die 10 000 Besucher rund um Rosen, Kräuter und Gartendekoration informieren und austauschen.

Im vielseitig gestalteten Rahmenprogramm war für jeden Besucher etwas dabei: Ob thematischer Fachvortrag, Führung durch das Gelände oder das große kulinarische Angebot, begleitet von verschiedenen Musikimpressionen. Und auch den jüngsten Besuchern sollte nicht langweilig werden: Gemeinsam mit den Profis durften sie sich im Schnitzen üben.

Die Organisatoren (Obst- und Gartenbauverein Steingaden) freuen sich über den Erfolg der diesjährigen Blütentage. Der gesamte Gewinn wird in unterschiedliche regionale Projekte weitergeleitet.

Marlene Schuh



Foto: Marlene Schuh

Lechträume

*Ein Leben ohne Wasserwirtschaftsamt
Elfenhaine und Auenland
Keine Kraftwerksgesellschaft
Kein Stromkonzern
Verbauung allenfalls ingenieurbologisch
Gewässergütekarten überflüssig
Mäander und Altwasser
Statt Röhren und Kanälen
Sondereinleitungsverträge unbekannt
Vorfluterloses Leben
Kiesbänke, die wandern dürfen
Kein Damm, kein Stausee, kein Kanal
Nur freier Lauf im ganzen Tal*

**Aus Hans Schütz: „Lechliebe“,
Bauer Verlag Thalhofen, Seite 124**



Tempo 30

Das neue Verkehrskonzept?



In der letzten OHA-Ausgabe, stellte Bundestagskandidatin Dr. Maiken Winter die Wahlkampfkampagne der ÖDP „Mensch vor Auto – Tempo 30 innerorts“ im Interview vor.

Befragt wurden die Bundestagskandidaten der CSU, SPD, FDP, DIE LINKE, B90/Grüne, Bayernpartei, Piratenpartei und AFD. Die Antworten der vier Bundestagsabgeordneten, die auf unsere Anfrage geantwortet haben, sind hier abgedruckt.

UIP: Herr Dobrindt, die ÖDP Weilheim-Schongau hat ihren Bundestagswahlkampf gestartet mit der Kampagne „Mensch vor Auto – Tempo 30 innerorts“. Was halten Sie davon?

Alexander Dobrindt: Richtig ist, dass gerade schwächere Verkehrsteilnehmer wie Ältere und Kinder besonderen Schutz im Straßenverkehr brauchen. Deshalb haben wir mit der Novelle der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO), die Mitte Dezember 2016 bun-



desweit in Kraft getreten ist, für mehr Verkehrssicherheit gesorgt. Straßenverkehrsbehörden können künftig ohne größere bürokratische Hürden Tempo 30 vor Grundschulen, Kindergärten oder Altenheimen auch an Hauptverkehrsstraßen streckenbezogen anordnen.

Bisher durften die Straßenverkehrsbehörden auf Hauptverkehrsstraßen nur bei Nachweis einer ungefähr um ein Drittel über dem Normalfall liegenden besonderen Gefahrenlage streckenbezogen Tempo 30 anordnen – z. B. durch Nachweis eines Unfallschwerpunktes. Diese hohe Anforderungshürde ist nun entfallen.

Alexander Dobrindt,
Bundestagskandidat der CSU

UIP: Herr Böttger, die ÖDP Weilheim-Schongau hat ihren Bundestagswahlkampf gestartet mit der Kampagne „Mensch vor Auto – Tempo 30 innerorts“. Was halten Sie davon?



Reinhard Böttger: Generell bin ich für 30 km/h Zonen in Wohnbereichs-Ortsteilen. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer, einschließlich der Senioren, Kinder und Behinderten ist das Wichtigste. Daneben ist es an Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern sinnvoll, „verkehrsberuhigte Bereiche“ einzuführen mit geringer Geschwindigkeitsvorgabe. Auch eine weitere Möglichkeit kommt für mich in Betracht: Shared Space = gemeinsamer Raum für gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer, ohne Zeichen und Markierungen, wobei die Vorfahrtsregel weiterhin Gültigkeit besitzt. In vielen Gemeinden wäre es wünschenswert in der Ortsmitte und deren Umgebung 30 km/h Zonen oder andere „verkehrsberuhigte“ Zonen einzurichten.

Ich kann mir auch 30 km/h Zonen auf bestimmten Bundesstraßen im Ort vorstellen, um den Durchgangsverkehr auf außerörtlich bestehende „Umgehungen“ zu lenken. Das beste Beispiel dafür ist die Ortsdurchfahrt B472 Huglfing/Oberhausen. Die Möglichkeit zur Umfahrung besteht auf der B2 und den Staatsstraßen 2057/2058, sogar mit Zeiteinsparungen. Jedoch bedarf es auf dieser Umgehung einige Verbesserungen zur Verkehrssicherheit aller Bürger.

Die Kosten, die für die Sicherheitsmaßnahmen entstehen, können sich Bund und Länder aufteilen, wenn sie auf neue, oft unnötige Neubaumaßnahmen von Bundesstraßen verzichten.

Die Umweltinitiative Pfaffenwinkel e.V. (UIP), deren Mitglied ich bin, hat beim Bürgerentscheid für den naturschonenden Ausbau und der Verkehrsberuhigung der Bahnhofstraße in Peiting plädiert. Ich war einer der Initiatoren dieser Vorschläge. Der von der Gemeinde geplante schnellspurige Ausbau wird in einiger Zeit reformbedürftig sein, wie bereits der dortige Kreisverkehr.

Reinhard Böttger,
Bundestagskandidat DIE LINKE

UIP: Die ÖDP Weilheim-Schongau hat ihren Bundestagswahlkampf gestartet mit der Kampagne „Mensch vor Auto – Tempo 30 innerorts“. Was halten Sie davon?

Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann: Liebe UIP, der Slogan der ÖDP „Mensch vor Auto – Tempo 30 innerorts“ klingt ja erstmal sehr schön. Aber was bedeutet er?

In jedem Auto sitzt – auf alle Fälle bis es selbstfahrende Autos gibt – immer ein Mensch. Also „Mensch VOR Mensch“? Es ist nicht das „Auto“, sondern immer der Mensch, der am Steuer sitzt, und durch unverantwortliche Geschwindigkeit das Leben seiner Mitmenschen gefährdet.

Das gleiche gilt im Übrigen für Motorradfahrer und für Radfahrer. Auch hier ist es nicht das Gefährt, das gefährlich ist, sondern immer der Pilot. Und selbst Radfahrer sind in Tempo-30-Zonen oft zu schnell unterwegs.

Also fände ich einen Aufruf besser, der auf die Achtsamkeit der Menschen untereinander abzielt. Achte den Anderen, gefährde ihn nicht, genauso wie Du selbst nicht gefährdet werden willst.

Was brächte also eine Tempobeschränkung auf 30 km/h innerhalb der Ortschaften? Und ist sie durchsetzbar? Ich denke Menschen achten dann Vorschriften mehr, wenn sie deren Sinnhaftigkeit verstehen. Für das gesamte Ortsgebiet Tempolimits vorzugeben, ist m. E. nicht der richtige Weg.

Es gibt Untersuchungen, dass in Tempo-30-Zonen zumeist die Bewohner solcher Zonen in erschreckend hohem Maß an Geschwindigkeitsüberschreitungen beteiligt sind. Auch vor Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen werden Tempo-30-Zonen regelmäßig nicht beachtet. Ob sich das durch ein generelles Tempolimit ändern lässt, wenn jetzt bereits die wenigen Beschränkungen ignoriert werden? Brauchen wir wirklich noch mehr Verbote und Gebote? Mein Appell: Ich wünsche mir den „vernünftigen“



Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Auto-, Motorrad-, und Radfahrer, der seine Geschwindigkeit der Situation anpasst, der sich an vorhandene Beschränkungen hält, der achtsam mit sich und den anderen Verkehrsteilnehmern umgeht. Da helfen dann oft auch Leuchtschilder, die die eigene Geschwindigkeit anzeigen aber vor allem mehr Empathie und ab und zu Nachdenken.

Jeder kennt das: Der Autofahrer schimpft über die Radler, die Radler schimpfen über die Fußgänger und die Autofahrer und die Fußgänger schimpfen über die beiden ersten. Sich das ab und zu bewusst zu machen, wenn man selbst der Autofahrer, oder der Radfahrer, oder der Fußgänger ist, hilft sicher mehr als noch mehr Verbote.

Dr. Gabriela Seitz-Hoffmann,
Bundestagskandidatin BÜNDNIS 90/GRÜNE

UIP: Die ÖDP Weilheim-Schongau hat ihren Bundestagswahlkampf gestartet mit der Kampagne „Mensch vor Auto – Tempo 30 innerorts“. Was halten Sie davon?

Enrico Corongiu: Eine Ausdehnung von Tempo 30 auf alle innerörtlichen Straßen führt nicht automatisch zu einer Emissions- einsparung und der nötigen Verkehrssicherheit. Wenn ein Tempo-30-Limit den Verkehr derart verlangsamt, dass es zu mehr Staus



und verstopften Straßen kommt, reduziert das nicht den Verbrauch und erhöht zudem den CO₂-Ausstoß. Auch sehe ich die Gefahr, dass viele Autofahrer von den großen Verkehrsachsen auf die Nebenstraßen ausweichen, da die Zeitersparnis auf den Hauptstraßen wegfällt. Umgekehrt formuliert, droht mehr Verkehr in Wohngebieten, was sich wiederum negativ auf die Verkehrssicherheit und die Lärmbelastung auswirkt.

Die deutschen Gemeinden und Städte sind zu verschieden, als dass eine bundesweite Regelung Abhilfe schaffen könnte. Kommunen wissen am besten, wo eine Verlangsamung des Verkehrs angebracht und notwendig ist. Mit der jüngsten Gesetzesnovelle der Straßenverkehrsordnung auf Bundesebene, können Länder und Kommunen zukünftig leichter Tempo-30-Regelungen selbst durchsetzen und müssen somit nicht mehr nachweisen, dass es sich bei dem jeweiligen Streckenabschnitt um einen Unfallschwerpunkt handelt. Die Gemeinden und Städte erhalten hierdurch mehr Entscheidungsfreiraum, was die zielgerichtete Entschärfung möglicher Gefahrenstellen wesentlich erleichtert. Naheliegender sind Tempo 30 in Wohngebieten, vor Schulen, Altersheimen und Kliniken oder überall dort, wo der bauliche Charakter der Straße dies unterstützt. Hierdurch schafft man ein Plus an Sicherheit und Lärmschutz.

Ich favorisiere vielmehr feste Tempo zonen. In meiner Heimatgemeinde aber auch in Nachbarorten wurden derartige Zonen bereits etabliert. Zahlreiche Temposchilder können abgebaut und der Schilderwald reduziert werden. Welche Straßen zu Wohngebieten gehören und welche Straßen Vorfahrts- und Hauptstraßen sind, sollte aber nach dem Grundsatz der Subsidiarität vor Ort und nicht auf Bundesebene entschieden werden.

Enrico Corongiu,
Bundestagskandidat der SPD



**Pressesprecherin und verantwortlich
für Seite 6, 7 und 8:**

Julia Poweleit (V.i.S.d.P. und Autorin aller nicht namentlich gekennzeichneten Artikel)
82389 Böbing
Mobil: 0162 4436980
juliapoweleit@gmx.de

Internet: www.uip-online.de

Satz und Layout:

Jürgen Müller, j.mueller6@gmx.net

Das nächste UIP-Treffen

**Mittwoch, 19. Juli 2017, 19:30 Uhr
in der Zechenschenke
(Zechenstraße 2 in Peiting)**

» Vor 33 Jahren «
Ein Blick zurück
auf die Historie der UIP
von Hans Schütz

Juli 1984

Schon wird ein hochrangiger Referent verpflichtet: Der Forstbotaniker der Universität München, Professor Dr. Peter Schütt (später ein engagiertes Mitglied der UIP und der in Fachkreisen sogenannte „Erfinder des Waldsterbens“), referiert zum ersten aber nicht letzten Mal zum Thema Waldsterben.

In Polling wird unter Teilnahme der UIP der erste Waldschadens-Lehrpfad als Beitrag zur „Aktionswoche gegen das Waldsterben“ eröffnet. Die fachkundige Beratung bei der Erstellung des Lehrpfades erfolgte durch Forstoberinspektor Wolf Klingensteiner, der auch den AK Wald/Naturschutz der UIP leitet.

Frage: Hat sich die Situation mit dem Wildverbiss in der Region verbessert?

Die Umweltinitiative Pfaffenwinkel e.V. ist ein gemeinnütziger Verein.

Alle Spenden sind also steuerlich abzugsfähig.

Spendenkonto: Kreissparkasse Schongau • IBAN: DE16 7345 1450 0000 1099 00 • BIC: BYLADEM1SOG

Tel.: 0 88 61 / 25 97 99 5
Fax: 0 88 61 / 25 67 99 6

Bio im Lech-Ammer-Land
naturmarkt
Peiting

Öffnungszeiten

Mo – Fr: 7:30 – 19:00 Uhr
Sa: 7:30 – 13:00 Uhr

info@naturmarkt-Peiting.de
www.naturmarkt-Peiting.de
Freistraße 2 · 86971 Peiting

Shopping im grünen Bereich

LayArt



vielseitig kreativ

Jürgen Müller
Amselstr. 31
86956 Schongau
Tel.: 08861 900398
info@layart.org

Briefpapier.
Visitenkarten.
Homepage.
Hosting.
Werbung.
Design.
Audio.
Video.